



Ottfried Fischer feiert seinen 70. Geburtstag
Zum Ehrentag des ehemaligen „Pfarrer Braun“
gibt's Glückwünsche von Otto Retzer

APA / VOLKER DORNBERGER

MENSCHEN 24



KURIER

UNABHÄNGIGER JOURNALISMUS FÜR ÖSTERREICH

Montag
6. November 2023
Nr. 307 / 2 €

KURIER.at



APA/HELMUT FOHRINGER

Benko laufen Investoren und Zeit davon

Krise. Für die Immobilien-Gruppe Signa wird es immer enger. Ohne frisches Geld von Miteigentümern soll es um den Fortbestand der Holding schlecht aussehen. Erste Geldgeber wollen bereits aussteigen.

WIRTSCHAFT 4

Wien **K**



JEFF MANGIONE

Zoo rüstet sich für den Winter

Schönbrunn. Laub wird eingefroren, Gehege werden teilweise beheizt. Manche Tiere genießen die Kälte aber auch.

SEITE 17

Es weihnachtet in der Stadt

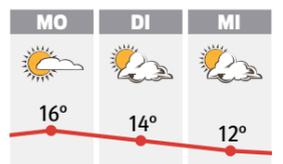
Advent. Ab Mitte November lässt die Weihnachtsbeleuchtung die Einkaufstraßen wieder erstrahlen. Auch die ersten Weihnachtsmärkte öffnen am 10. November.

SEITE 15

Wenn Mütter zur Schule gehen

Integration. Helferinnen einer NGO erklären Migrantinnen, wie unser Schulsystem funktioniert.

SEITE 14



Sonniger Herbsttag. Wenig Wolken, mäßiger Wind.

WETTER 2

Auszeit	18
Debatte	19
Radio- und Fernsehtipps	22

VP-Seniorenvertreterin wehrt sich gegen „Pensionisten-Bashing“

Ingrid Korosec kritisiert Panikmache rund um steigende Ausgaben

Soziales. „Pensionisten-Bashing“ ortet Ingrid Korosec, Präsidentin des ÖVP-Seniorenbundes, angesichts der aktuellen Debatte rund um die stetig steigenden Ausgaben für das Pensionssystem. Es sei in Ordnung, in diesem Zusammenhang Warnungen auszusprechen, man solle aber keine Panik verbreiten, sagt sie im KURIER-Interview.

Tatsächlich seien von den ausgegebenen 26 Milliarden Euro sechs keine Pensionskosten, rechnet die ÖVP-Politikerin vor.

Antrittsalter

Korosec spricht sich dagegen aus, das gesetzliche Antrittsalter anzuheben. Das würde vor allem diejenigen treffen, die jetzt schon bis zum Antrittsalter arbei-

ten würden. Wichtiger sei es, sich dem bestehenden Antrittsalter von 65 Jahren anzunähern. Dies allein schon würde jährlich zehn Milliarden Euro ins Budget bringen, ist Korosec überzeugt.

Sie setzt sich auch für finanzielle Anreize für Menschen ein, die länger arbeiten. Etwa steuerliche Absetzbeträge.

POLITIK 6

Geiselnahme auf Flugfeld endet unblutig

Obsorgestreit: Vater entführte eigene Tochter

Hamburg. Eine 18-stündige Nervenschlacht endete am Wochenende unblutig. Ein 35-jähriger Mann hatte am Samstagabend im Zuge eines Obsorgestreits seine vierjährige Tochter entführt. Danach durchbrach er mit seinem Auto, in dem die Geisel saß, Absperungen des Hamburger Flughafens und gelangte bis zu den parkenden Maschinen. In den Verhand-

lungen, die sich durch die ganze Nacht zogen, forderte er mit seinem Kind die Ausreise in die Türkei. Am Sonntagnachmittag gab er auf und stellte sich der Polizei. Verletzt wurde niemand. Wegen der langen Airportsperrre fielen unzählige Flüge aus, Tausende Passagiere waren betroffen. Kritik an den Sicherheitsvorkehrungen wurden laut.

PANORAMA 8

Rettung naht

LEY

Fiona war frisurentechnisch herausgefordert: Jahrelang kein Kamm und keine Schere in Sicht. Zumindest hatte sie gut zu essen: Zuletzt war sie einigermmaßen übergewichtig.

Fiona war das einsamste Schaf Großbritanniens. Irgendwann hatte sie sich auf eine abgelegene schottische Steilküste verirrt, dort lebte sie vor sich hin. Man weiß nicht, ob sie das beschaulich fand oder fad.

Hin und wieder fuhr ein Boot vorbei, von dort aus wurde sie gesichtet. Und nun gerettet: Erfahrene Kletterer seilten sich die Klippe zu ihr ab und zogen sie hoch.

„Ein Ausrutscher ist der einzige Unterschied zwischen Heldentum und Idiotentum“, sagte Fionas Retter.

Nun wird sie gepflegt und geschoren. Und dann?

Shaun das Schaf, bekannt aus dem Kinderfernsehen, flog kürzlich (als Spielfigur, aber ganz in echt) mit der ESA zum Mond und wieder zurück. Ob Fiona auch darüber nachdenkt? Oder zurück will an ihre Steilküste?

georg.leyrer@kurier.at



Post: Österreichische Post AG TZ 022034475T;
KURIER Zeitungsverlag und Druckerei GmbH,
1190 Wien Retouren: Postfach 100, 1350 Wien
DE, IT, SL € 3,60; HRK 27,12 / € 3,60

Fake Busters
Verschwörungstheorien enttarnt

Dienstags den Dingen auf den Grund gehen!
kurier.at/fakebusters

Gut zuhören – aber skeptisch bleiben!
Jeden Dienstag auf **kurier.at/fakebusters** sowie überall, wo es Podcasts gibt.

KURIER

Kunst daheim

Jetzt NEU in Ihrer Trafik um € 4,90

Im KURIER VorteilsCLUB* ab nur € 3,50 versandkostenfrei

*Info und Bestellung unter: kurierclub.at | kurierclub@kurier.at | Tel. 05 9030-777

©: petra autenstrauch/Hersteller

K KURIER.at

„Das ist Pensionisten-Bashing“

Ingrid Korosec. Gibt der Staat zu viel für Pensionen aus? Warum diese Debatte die Präsidentin des Seniorenbundes verärgert und welche Reformen ihr die Bundesregierung noch zugesagt hat

K Interview

VON MICHAEL HAMMERL

KURIER: Frau Präsidentin, die aktuelle Debatte über Pensionisten ärgert Sie. Halten Sie die Kritik, dass Österreichs Pensionssystem nicht nachhaltig genug aufgestellt ist, tatsächlich für ungerechtfertigt?

Ingrid Korosec (ÖVP): Ich gehöre nicht zu denen, die sagen, dass sich nichts ändern soll. Argumente sollten aber faktisch und sachlich stimmen. Wenn behauptet wird, das Pensionssystem sei nicht mehr finanzierbar und Pensionisten sich zunehmend für eine Pension, die sie sich „verdient“ haben, rechtfertigen müssen, ist das Pensionisten-Bashing. Das verunsichert Senioren und auch die Jugend. Unser System ist grundsätzlich ein sehr gutes.

Die staatlichen Zuschüsse ins Pensionssystem steigen bis 2027 auf ein Drittel der Einnahmen. Studien zeigen, dass die staatliche Säule langfristig zu stark belastet wird. Warum ist es Bashing, darauf hinzuweisen?

Weil es ungerechtfertigt ist. Dass Österreich die private und betriebliche Säule nicht forciert hat, war ein Fehler, stimmt. Das gehört geändert. Aber dass die Pensionen nicht sicher sind, höre ich seit Jahrzehnten. Schon 1959 hat die Neue Österreichische Tageszeitung geschrieben, dass unser Sozialstaat jeden Moment zusammenbricht.

Das Hauptargument ist kein Systemkollaps, sondern, dass zu hohe Ausgaben für Pensionen andere, wichtige Investitionen blockieren.

Dann muss man einmal genau definieren, was der Pensionszuschuss überhaupt ist. In unserem System wird die Armutsbekämpfung zu den Pensionen gerechnet. Aber die Ausgleichszulage, Rehaleistungen oder Präsenz- und Zivildienst haben nichts mit der Pension zu tun. 25 Prozent der Ausgaben für gesetzliche und Beamten-Pensionen gehören eigentlich nicht in den Pensionstopf.

WIFO, Fiskalrat, Rechnungshof und weitere Experten warnen dennoch vor den steigenden, staatlichen Kos-



„Pensionisten-Bashing“: Senioren müssten sich zunehmend für ihre verdiente Pension rechtfertigen, kritisiert Korosec

ten. Liegen die alle falsch?

Nein. Warnen ist schon ok, aber nicht Panik verbreiten. Es ist einfach die Wahrheit, dass sechs von 26 Milliarden keine Pensionskosten sind. Die Pension ist eine Versicherungsleistung und die Durchrechnung

Zur Person

Ingrid Korosec (ÖVP)

Die gebürtige Böhmeikirchnerin (NÖ) und ausgebildete Volkswirtin startete ihre Polit-Karriere 1983 als Gemeinderätin in Wien. 1986 wechselte sie in den Nationalrat, war von 1991 bis 1995 ÖVP-Generalsekretärin. Danach war Korosec sechs Jahre Volkanwältin, bevor sie in den Wiener Gemeinderat zurück wechselte. Die 82-Jährige ist seit 2016 Präsidentin des ÖVP-Seniorenbundes. Sie hat sich dem Kampf gegen Altersdiskriminierung verschrieben, ist bekannt für bunte Kleidung und betreibt rege Medienarbeit

ist die gerechteste Lösung. Der wichtigste Faktor, um eine gute Pensionspolitik zu betreiben, ist eine gute Wirtschaftspolitik. Damit unsere Produktivität hoch bleibt, müssen wir die Arbeitswelt anpassen.

Inwiefern?

Arbeiten ist momentan in der Freizeitgesellschaft junger Leute nicht so „In“. Das kann ich bei der schwierigen Perspektive auch oft verstehen. Man hat viel versäumt. Wir brauchen mehr Flexibilität statt „one-size-fits-all“. Ich appelliere seit 40 Jahren dafür, dass Kindergärten im ländlichen Bereich ausgebaut werden, damit Frauen mehr Vollzeit statt Teilzeit arbeiten können.

Männer gehen aktuell mit rund 62, Frauen mit 60 Jahren in Pension. Das sind Werte wie 1970, obwohl wir mehr als zehn Jahre länger leben als damals. Was spricht dagegen, das gesetz-

liche Pensionsalter auf 67 Jahre anzuheben?

Das ist eine zu einfache Lösung und unfair, weil sie vorrangig diejenigen trifft, die bis zum Antrittsalter arbeiten. Zuerst müssen wir daher einmal unsere Hausaufgaben machen und uns dem gesetzlichen Antrittsalter von 65 Jahren nähern. Das allein würde uns jährlich zehn Milliarden Euro im Budget bringen. Das Frauenantrittsalter wird bis 2033 gesetzlich angepasst.

Wer früher in Pension geht, hat Abschläge von 5,1 Prozent pro Jahr. Wer länger arbeitet, Boni von 4,2 Prozent. Sie wollten das ändern, passiert da noch was?

Das wurde mir zugesagt und ich hoffe, es funktioniert heuer noch. Ich sehe nicht ein, dass der Bonus niedriger ist als der Malus. Man sollte beides auf mindestens sechs Prozent erhöhen – gerne noch höher.

Wer über das Antrittsalter hi-

naus arbeitet, soll zudem keine Pensionsversicherungsbeiträge mehr zahlen. Gibt es in beiden Punkten positive Signale von den Grünen?

Ja, aber ich bin gelernte Österreicherin und warte einmal auf den Beschluss (*lacht*). Bei den Pensionsbeiträgen kann ich mir übrigens auch steuerliche Absetzbeträge als Alternative vorstellen. Man muss es nur tun. Wir haben derzeit einen Expertenpool an Seniorinnen und Senioren, der brach liegt. Dabei ist es für viele eine Freude, länger zu arbeiten. Auch für mich, sonst wäre ich ja nicht hier.

Welche Schuld tragen die Betriebe, dass viele Senioren diese Option nicht haben?

Es wird besser, aber in vielen Betrieben fehlt immer noch die Wertschätzung für erfahrene Arbeitskräfte. 56 Prozent der Frauen gehen von der Arbeitslosigkeit in Pension, weil sie nach der Kindererziehung vermeintlich zu alt wa-

ren für einen Karrieresprung. Bei der Arbeitsmedizin sind wir sowieso noch im vorigen Jahrhundert. Da wird gemessen, ob der Tisch hoch genug ist, aber die psychischen Probleme, die wegen der raschen Arbeitswelt zunehmen, ignoriert man.

Wann kommt das automatische Pensionssplitting?

Das wäre jederzeit machbar, aber es gibt Widerstände der Grünen, was unverständlich ist.

Sie sind seit 2016 Seniorenbundpräsidentin. Seitdem wurden die Pensionen fünfmal über dem gesetzlichen Wert angepasst. Das kostet langfristig Milliarden. Warum zu sorglos?

Wie gesagt, das war immer Armutsbekämpfung. Übrigens auch auf Kosten jener, die immer alle Pensionsbeiträge gezahlt, aber nicht die volle Inflationsanpassung bekommen haben.

Fakten

Pensionssystem

Laut Finanzministerium fließen heuer 25,5 Milliarden Euro des Bundesbudgets ins Pensionssystem – das ist ein Viertel der staatlichen Einnahmen von 98 Milliarden. 2027 ist es laut Prognosen ein Drittel: 35 von 111 Milliarden

Mercer-Studie

Österreichs Pensionssystem ist wenig nachhaltig: Zu diesem Ergebnis kam eine Studie des Mercer Instituts 2022. Im Vergleich mit 43 Staaten landete Österreich auf Platz 33

Pensionserhöhung

Laut Neos Lab verursachen die Pensionsanpassungen der vergangenen fünf Jahre, die über dem gesetzlich vorgeschriebenen Wert lagen, bis 2040 Mehrkosten von 10,5 Milliarden Euro

Überblick

WEITERE MELDUNGEN

Demo „Solidarität mit Palästina“: Anzeigen

Steiermark. Mehrere 100 Personen haben in Graz an einer behördlich angemeldeten Versammlung im Zusammenhang mit dem Nahost Konflikt teilgenommen. Die Teilnehmer bekundeten ihre Solidarität mit Palästina. Während der Versammlung sowie des Marsches kam es zu rund zehn Übertretungen nach dem Verwaltungs- sowie dem Strafrecht. Beim Marsch kam es zudem zu Verkehrsbehinderungen.

Drexler für strengere Regeln bei Einbürgerung

Steiermark II. Der steirische Landeshauptmann Christopher Drexler (ÖVP) fordert strengere Regeln für Einbürgerungen. So soll die Option, die Staatsbürgerschaft schon nach sechs statt nach zehn Jahren zu erhalten, wieder fallen. Man müsse bei künftigen Staatsbürgern auf die „Akzeptanz unserer Werte“ drängen. Damit gemeint seien Werte wie Freiheit, Demokratie oder Rechtsstaatlichkeit.

Hagelversicherungschef für Verbauungsstopp

Raumordnung. Für Kurt Weinberger, Chef der Hagelversicherung, ist es ein „Märchen“, dass Österreich Selbstversorger mit heimischen Nahrungsmitteln sei. Mitschuld sei die rasante Verbauung, eine herrschende „Raumunordnung“, sagt er *Blick ins Land*. Jeder Staat würde darauf achten, die eigene Bevölkerung zu versorgen. „Die besten Agrarflächen müssen unter einen absoluten Verbauungsstopp gestellt werden.“



Ursula von der Leyen hatte der Ukraine Reformfolge bescheinigt

Gute Chancen für Ukraine-EU-Verhandlungen

EU. Nach dem Besuch von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Kiew stellt sich der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj auf den Beginn von EU-Beitrittsverhandlungen noch heuer ein. Von der Leyen hatte der Ukraine zuvor bei ihrem Besuch Reformfolge bescheinigt. „Sie führen einen existenziellen Krieg, und gleichzeitig sind Sie dabei, Ihr Land tiefgreifend zu reformieren.“